

Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“

X		Beschlussvorlage
		öffentlich
		nichtöffentlich
Einreicher: Verbandsleitung	Datum: 05.12.2022	Drucksache Nr. 30/2022

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Verbandsausschuss

Verbandsversammlung

14.12.2022

Zeitlich befristete Anhebung der Wertgrenzen gemäß § 13 (2) Nr. 1-3 VerbS bei der Vergabe von Bauleistungen

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beschließt, bei der Vergabe von Bauleistungen zur Erhöhung der Handlungsfähigkeit abweichend von den in § 13 (2) Nr. 1 bis 3 VerbS festgelegten Wertgrenzen vorübergehend befristet bis 31.12.2023 folgende Wertgrenzen anzuwenden:

- § 13 (2) Nr. 1 750.000 Euro
- § 13 (2) Nr. 2 600.000 Euro
- § 13 (2) Nr. 3 zwischen 200.000 Euro und 600.000 Euro

Zum 30.06.2023 erfolgt eine Auswertung und Evaluierung dieser Regelung.

Beratungsergebnis:

Gremium: Verbandsversammlung:				Sitzung am: 14.12.2022		TOP 12
einheitlich	mit Stimmenmehrheit	JA	NEIN	ungültig	lt. Beschl.-vorschlag	abweich. Beschluss
		*****	*****	*****		
Leiter der Sitzung: Herr Goetz						

Verbandsleitung:

Für die Richtigkeit:



Vorsitzender der Verbandsversammlung:

Einreicher:
gez. M. Grubert

Finanzielle Auswirkungen?

ja:

nein: x

Problembeschreibung/Begründung:

Für die Vergabe von Bauleistungen werden derzeit ab Tag der Veröffentlichung der Ausschreibung bis zum Beschluss im Verbandsausschuss mindestens zwei Monate benötigt – teilweise auch länger. Ein Teil dieser Zeitspanne liegt in den vergaberechtlichen Regelungen begründet und kann nicht verkürzt werden.

Aufgrund der derzeit schwierigen Marktlage, verbunden mit stetig steigenden Preisen und damit erhöhten Risikozuschlägen seitens der Bieter bei langen Bindefristen, würde eine Verkürzung der o. g. Zeitspanne die Flexibilität und Handlungsfähigkeit des WAZV erheblich verbessern. Insbesondere wenn Ausschreibungen aufgrund nicht wirtschaftlicher Angebote wiederholt werden müssen, kostet dies wertvolle Zeit, welche durch die zweckverbandsinternen Ladungsfristen noch verlängert werden. Dadurch kann die Umsetzung des Wirtschaftsplans in dem jeweiligen Jahr gefährdet werden.

Mit einer zeitlich befristeten Ausnahmeregelung zur Erhöhung der Wertgrenzen gemäß § 13 (2) Nr. 1-3 VerbS entsprechend der im Beschlussvorschlag aufgeführten Werte würde der überwiegende Teil der Bauvergaben abgedeckt, so dass der Auftrag ohne zusätzliche Beschlussfassung im Verbandsausschuss von der Verbandsleitung erteilt werden kann.

Darüber hinaus ist die Durchführung der Baumaßnahmen bereits mit Beschluss des jeweiligen Wirtschaftsplans gremienseitig abgesichert.

Zum 30.06.2023 erfolgt eine Auswertung und Evaluierung dieser abweichenden Regelung über die Wertgrenzen.

Änderung/Ergänzung des Beschlussvorschlages